



Bundesministerium  
des Innern



Die Beauftragte  
der Bundesregierung  
für Informationstechnik

# **E-Government aus Sicht des Bundesinnenministeriums**

**14. eGovernment-Academy**

**Berlin, 13. April 2010**

**Martin Schallbruch**

**IT-Direktor im Bundesministerium des Innern**



Bundesministerium  
des Innern



Die Beauftragte  
der Bundesregierung  
für Informationstechnik

- **Die Bilanz von E-Government 2.0**
- **Die Nationale E-Government-Strategie**
- **Die Projekte**



## Die IT des Staates, ein Erfolgsfaktor!

- Verbesserung der Servicequalität der öffentlichen Verwaltung – **keine Modernisierung ohne IT**
- Förderung von Innovationen – **Staat setzt den Rahmen für Technikinnovation**
- Bewahrung und Ausbau der Handlungsfähigkeit des Staates – **keine Behörde ohne IT, kaum politische Gestaltung ohne IT**
- Steigerung der Effizienz und Effektivität in der öffentlichen Verwaltung – **keine Einsparungen ohne IT**



## Die Beiträge von E-Government 2.0



- Formulieren strategischer Ziele – **Erreichbarkeit der Bürger sicherstellen, Nutzen der Dienste erhöhen, Zusammenarbeit fördern, Vertrauen gewinnen, Verlässlichkeit erreichen**
- Bilden von Handlungsfeldern – **Portfolio, Prozessketten, Identifikation, Kommunikation**
- Schaffen notwendiger Grundlagen - **neuer Personalausweis, De-Mail, E-Partizipation**
- Umsetzen in ausgewählten Projekten – **35 Pilotprojekte**
- Nutzen der Erkenntnisse – **Infrastrukturen ausbauen, in Pilotregionen beginnen, E-Government föderal begreifen, Finanzierung sicherstellen**



- Die Bilanz von E-Government 2.0
- Die Nationale E-Government-Strategie
- Die Projekte



## Die globalen Herausforderungen ...

### Globalisierung

Weiterer Anstieg des internationalen Handels, der Kapital- und Personenbewegungen – damit steigende Anforderung grenzübergreifender E-Services auch des Staates

### Technologischer Wandel

Weiterer Anstieg des Wirkungsgrads der Technologien – damit steigende Erwartung an Verfügbarkeit digitaler Dienste

- Internetpenetration in Deutschland zurzeit ~ 67% der Bevölkerung, Prognose 2014 bei 88%
- E-Commerce in den letzten 2 Jahren um bis zu 74% gewachsen, z.B. Kleidung 65%, Heimwerken und Garten 74%

### Umwelt- & Klimawandel

Weiterer Anstieg der globalen Erwärmung und Veränderung der Umwelt – damit Notwendigkeit von Diensten, die persönliche Mobilität überflüssig machen

### Demografischer und gesellschaftlicher Wandel

Weiterer Anstieg der Überalterung sowie Veränderung der Gesellschaft – damit steigender Bedarf an Diensten, die für mobilitätsgehemmte Menschen zugänglich sind



# Die Herausforderungen föderaler Strukturen

## Herausforderung föderaler Strukturen ...

- Doppel-Entwicklungen
- Fehlende Kompatibilitäten
- Medienbrüche
- Lückenhafte und redundante Vernetzungen
- Fehlende Harmonisierung

Mangelnde Akzeptanz von E-Government



NEGS durch IT-Gipfel und Deutschland-Online gefordert

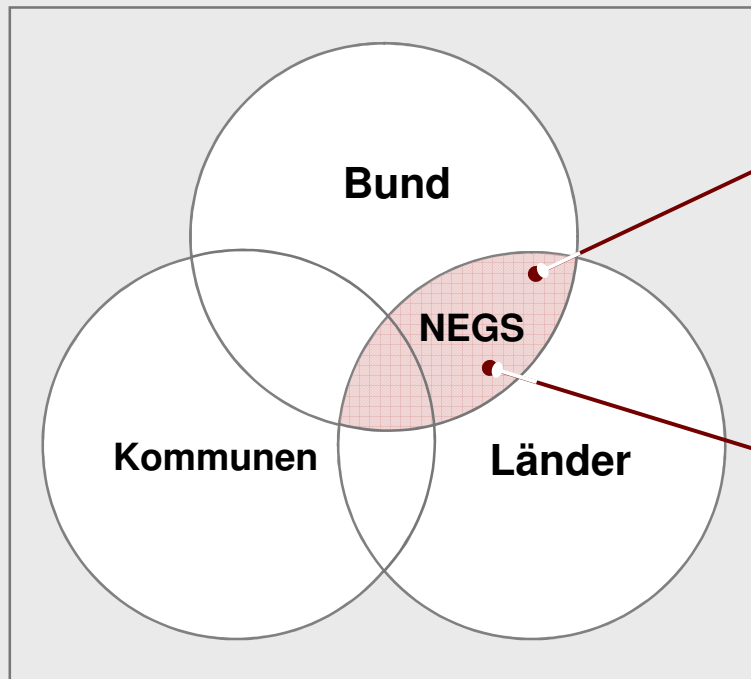
## ... durch integriertes E-Government lösbar

- Gemeinsame Strategie
- Koordinierte Entwicklung
- Infrastruktur und Standards
- Interoperabilität
- Sicherheit
- Optimaler Einsatz öffentlicher Mittel

Grundvoraussetzung für E-Government



## Die Idee der Nationalen E-Governmentstrategie...



**Gemeinsame Ziele und Maßnahmen im föderalen E-Government**

**Ausrichtung der E-Government-Strategien von Bund, Ländern und Kommunen an gemeinsamem Leitbild**



## Föderalismusreform: Neuer Rechtsrahmen.

### Artikel 91c GG

Absatz 1



Allgemeine  
IT-Zusammenarbeit



**IT-Staatsvertrag**

IT-Planungsrat als neues Gremium  
(Besetzung, Aufgaben, Beschluss-  
modalitäten, Geschäftsstelle, etc.)

Absatz 2



IT-  
Standards



(April 2010)

Absatz 3



IT-Zusammenarbeit  
der Länder

Absatz 4



Zusammenarbeit  
im Bereich IT-Netze

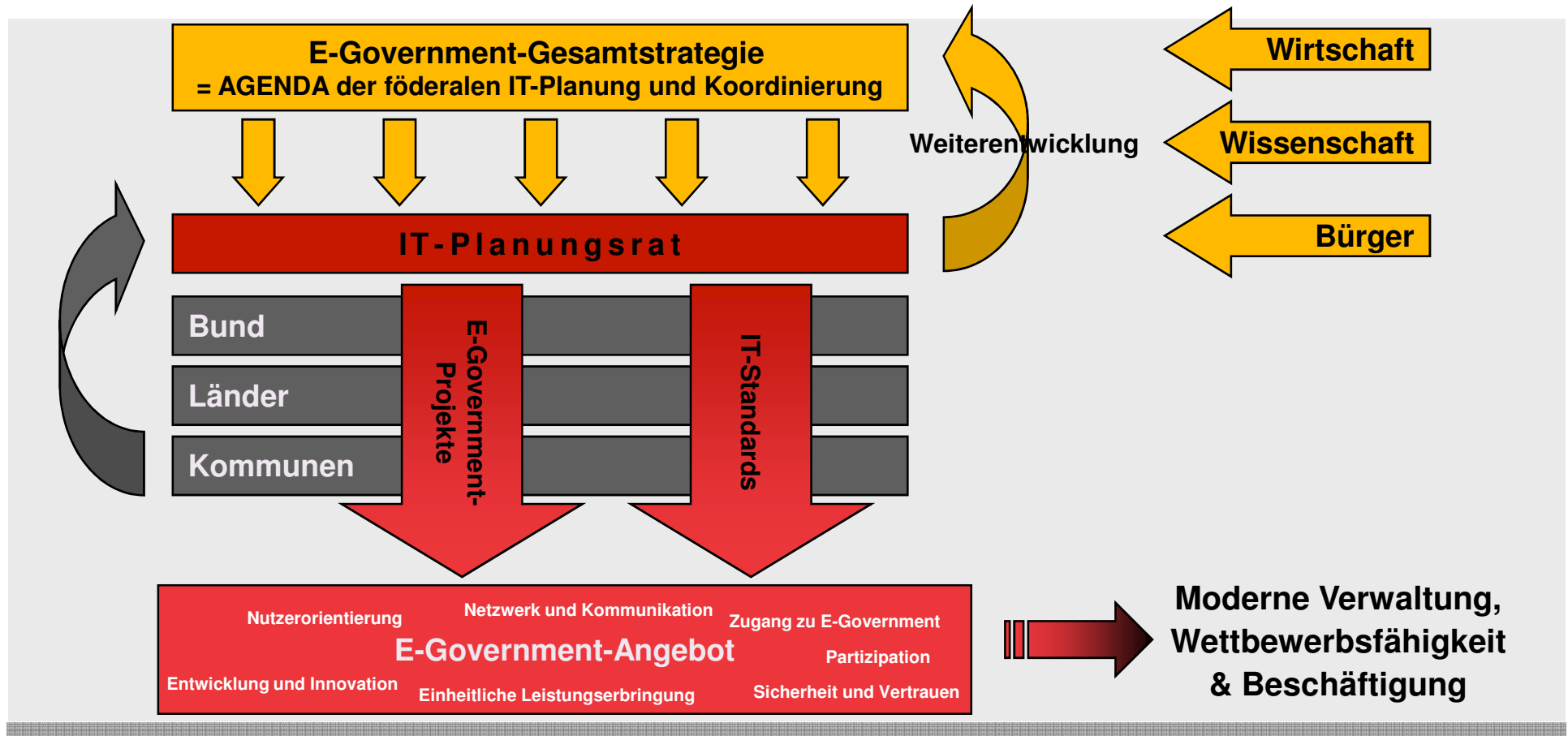


**IT-NetzG**

Sonderregelungen  
zum Verbindungsnetz  
(Planung, Vergabe, Betrieb)



# Föderale IT-Planung und Koordinierung ab April 2010





## Nutzerperspektive prägt das Leitbild der Strategie.

Im Jahr 2020 steht das deutsche E-Government an der Weltspitze,



- weil es am Nutzen für Bürger und Wirtschaft ausgerichtet ist,
- weil es die politische Mitwirkung der Bürger verstärkt,
- weil es Transparenz über Daten und Handeln sicherstellt und
- weil es wirtschaftlich ist.



## Strategische Ziele (I)

A

**Orientierung am  
Nutzen für Bürger,  
Unternehmen und  
Verwaltung**

Nutzer erledigen ihre Anliegen über verschiedene Kanäle bei gebündelten Anlaufstellen.

B

**Wirtschaftlichkeit/  
Effizienz**

Behörden arbeiten schnell und vernetzt zusammen, um Bürgern und Unternehmen vermeidbare Behördenkontakte zu ersparen.

C

**Transparenz und  
Datenschutz**

Nutzer wissen, welche staatliche Stelle welche Daten über sie speichert, soweit die Geheimhaltung nicht erforderlich ist. Sie haben Vertrauen in die Transparenz und in die Datensicherheit des E-Government.



## Strategische Ziele (II)

**D**

### **Gesellschaftliche Teilhabe**

Die Bürger beteiligen sich über digitale Kanäle aktiv an der politischen Meinungsbildung. Diese Teilhabe spielt in der politischen Wahrnehmung eine wesentliche Rolle.

**E**

### **Nachhaltigkeit/ Zukunftsfähigkeit**

Der Staat kooperiert mit Unternehmen bei der Entwicklung und im Betrieb innovativer E-Government-Lösungen. Er fördert neue Geschäftsmodelle durch die Bereitstellung von Informationen.

**F**

### **Leistungsfähige IT-Unterstützung**

Das deutsche E-Government nutzt moderne Technologie und verringert dadurch die Kosten der Verwaltung.



Bundesministerium  
des Innern



Die Beauftragte  
der Bundesregierung  
für Informationstechnik

- Die Bilanz von E-Government 2.0
- Die Nationale E-Government-Strategie
- Die Projekte



## Sichere Identität: Neuer Personalausweis



**Der neue Personalausweis vereint den herkömmlichen Ausweis mit drei neuen Funktionen.**

- Einführung ab 1. November 2010
- Über 100 Unternehmen, Behörden und Konsortien beteiligen sich an den Anwendungstests
- 27 Personalausweisbehörden in ganz Deutschland erproben seit Januar 2010 die Prozesse für Antragstellung, Änderung und Sperrung im Feldtest



## Sichere Kommunikation: De-Mail



**De-Mail soll grundlegende Sicherheitsfunktionen – die der heutigen E-Mail fehlen – einfach nutzbar und dadurch in der Fläche breit verfügbar machen.**

■ Erfolgreiche lokale Pilotierung am Bodensee von Oktober 2009 bis März 2010

■ Verabschiedung eines De-Mail-Gesetzes in Koalitionsvertrag verankert; Gesetzgebungsverfahren wird aufgenommen

■ Technische Anforderungen in Kürze finalisiert

**Staat und Wirtschaft definieren den Rahmen gemeinsam, die Wirtschaft setzt De-Mail um.**





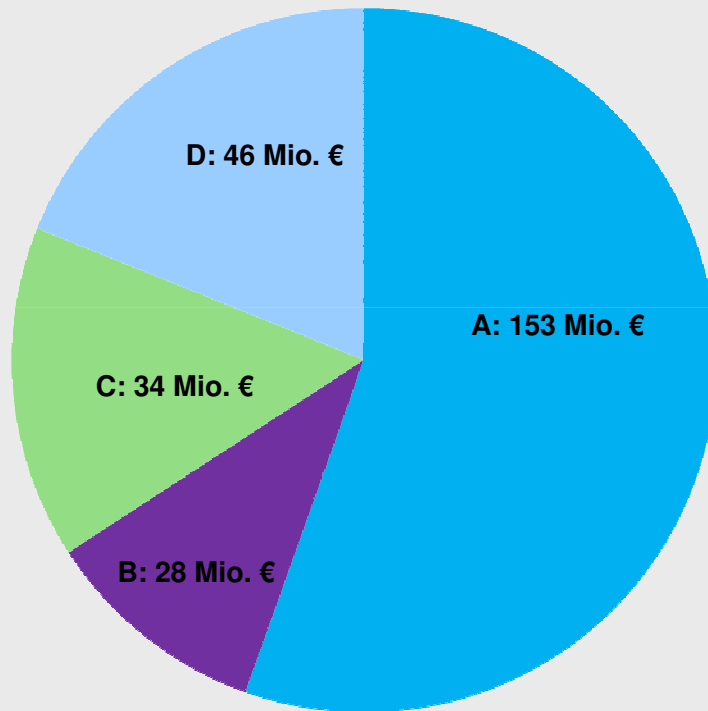
## Das IT-Investitionsprogramm

- **Programm** aus über 350 Einzelmaßnahmen von 2009 bis 2011 in allen Ressorts
- **Enge Zusammenarbeit** aller Ressorts im IT-Rat
- Kurzfristige und nachhaltige **Stärkung der IKT-Wirtschaft** in Deutschland
- **Ressortübergreifende Bündelung von IT- Know-how und Diensten**, z.B. in Green-IT-Rechenzentren, bei Open-Source-Software, im IT-Großprojektmanagement etc.





## Derzeit 266 Mill. Euro ausgegeben



■ A: IT-Sicherheit

■ B: Verbesserung  
IT-Org.Bund

■ C: Green-IT

■ D: Zukunft/  
Innovation

■ 5 Mio. für zentrale Aufgaben





## Einheitliche Behördennummer: D115



**Der Leitgedanke: Unter einer einzigen Telefonnummer gibt die öffentliche Verwaltung kompetente Auskünfte über Leistungen der öffentlichen Verwaltung.**

Erfolgreiche Pilotierung seit 24. März 2009:

- bundesweit ca. 150.000 Anrufe pro Monat, davon ca. 50.000 im Versorgungsgebiet
- rund 80 % aller Anrufe im 1. Telefonat fallabschließend beantwortet
- über 80 % aller Anrufe binnen 30 Sekunden angenommen, durchschnittliche Wartezeit (alle Anrufe): rd. 24 Sekunden

**Ziel: Bundesweite Verfügbarkeit des 115-Service bis Ende 2013**



## E-Government Modellregion Rhein-Neckar

- Neue Prozesse erproben, das Umdenken fördern
- Metropolregion Rhein-Neckar:
  - 300 Städte, Kommunen und Kreise
  - 2,4 Mio. Einwohner
  - drei Bundesländer (Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz)
- Bewährte, länderübergreifende Zusammenarbeit von Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft



**Gute Voraussetzungen für kooperatives One-Stop-Government**

**Ein Modellvorhaben von Bund, Ländern, Region und Wirtschaft für ein One-Stop-Government „zum Anfassen“**



## Prozess-Daten-Beschleuniger

339 B2G-Prozesse im Bereich Umwelt

173 Meldepflichten

77 Meldepflichten zu Abfall

8 Meldepflichten zu Abfällen (Abfallschlüssel)



- Eine Maßnahme aus dem IT-Investitionsprogramm
- **Ziel:** Entwicklung und Bereitstellung von Grundlagen, Standards und Architekturen für eine verbesserte und medienbruchfreie Umsetzung von Verwaltungsvorgängen zwischen Unternehmen und Behörden
- **Ergebnis:** Modularer Leitfaden, Referenzarchitektur und prototypische Umsetzung zum Nachweis der Anwendbarkeit
- Interdisziplinäres Projekt unter Beteiligung von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft
- Zentrale Rahmenbedingung: Datenschutz und Datensparsamkeit





Bundesministerium  
des Innern



Die Beauftragte  
der Bundesregierung  
für Informationstechnik

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

Martin Schallbruch

IT-Direktor im Bundesministerium des Innern